

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 58 (1964)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : wohinaus will Amerika? ; "Der Feind in deiner Mitte" ; Bilanz von Bonn ; Russen und Chinesen ; Frieden und Sozialismus ohne Dogma

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140896>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tungen Großbritanniens. Für mich ist das englische Parlament die demokratischste Einrichtung der Welt und die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des britischen Rechtswesens erregen immer meine Bewunderung.»

Für den Verfasser der «Eindrücke» sind Leute wie Mandela nicht vertrauenswürdig. Vertrauen verdient jedoch eine Regierung, deren Mitglieder, zum Teil offen, mit Hitler sympathisierten.

Nein, man muß zu den Ereignissen in Südafrika wirklich Stellung nehmen. Man «dürfe Südafrika nicht in die Isolierung treiben», schreibt Hans Lang. Diese Regierung ist schon längst isoliert, in den Vereinten Nationen, beim Internationalen Arbeitsamt, bei den internationalen Gewerkschaftsverbänden westlicher und östlicher Observanz. Kontakte mit dem Westen machen sie kein Jota geneigter für mahnende Stimmen von außen. Was anders als der Sturz dieser Regierung ist als Vorbedingung für eine Entwicklung, wie sie Hans Lang andeutet, denkbar. Gehalten wird sie hauptsächlich noch von den USA und Großbritannien, aus strategischen Gründen im letzteren Fall und als guter Abnehmer für amerikanisches Öl im ersten. Dieser letzterwähnte Umstand deutet auch den besten Weg an, die südafrikanische Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Bei einer Eigenproduktion an Öl von nicht mehr als 7 Prozent müßte ein Ölembargo dieses Ziel in kürzester Zeit erreichen.

Statt Südafrika als ein Eldorado für Investoren und Karriermacher zu schildern, hätte Hans Lang im Interesse unseres Landes wie Südafrikas besser gesagt: An diesen Gewinnen klebt Blut. Hände weg von einem Land, dessen Reichtum und Glanz auf solch schreiemdem Unrecht beruhen. Wozu versuchen, den Nutznießern dieser Prosperität über dem Vulkan ein gutes Gewissen zu schaffen, indem man zwar zugibt, daß in Südafrika eine «fremdbestimmte Herrschaftsordnung» besteht, im übrigen aber von ungenügender Information über die dortigen Bedingungen läuft? Wenn den Nutznießern der heutigen Ordnung die Stimme des Herzens nicht den Ausschlag geben darf, so sollte selbst der «kühe Verstand des wirtschaftlichen Rechners» erkennen, daß die Abrechnung auch hier nicht ausbleiben kann und daß sie furchtbar sein wird.

Red.

WELTRUND SCHAU

Wohinaus will Amerika? Im Gegensatz zu dem vorjährigen Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritannien über die Einstellung aller Kernwaffenversuche außer den unterirdischen ist um die jüngste Vereinbarung zwischen Moskau und Washington über die Herab-

setzung der Menge spaltbarer Stoffe, die für die Herstellung von Kernwaffen verwendet werden, wenig Propagandalärm gemacht worden. Man kann damit nur zufrieden sein, wird doch mit dieser Absprache keiner von den «weiteren Schritten» zur internationalen Abrüstung hin getan, die im Sommer 1963 so phantasievoll vorausgesagt wurden. Eine gewisse sinnbildliche Bedeutung hat das neue Abkommen dennoch als Beispiel dafür, wie durch zweiseitige Verhandlungen (bei denen übrigens der «heisse Draht» zwischen Washington und Moskau zum ersten Mal benutzt worden sein soll) auf dem Gebiet der Kernwaffenherstellung ein gemeinsamer Schritt der beiden großen Atommächte getan werden kann, den jede von ihnen auch allein hätte machen können.

Es hätte freilich der amtlichen Warnungen vor Überschätzung dieses Schrittes nicht bedurft, um klar zu machen, daß die Zeit der «Generalbereinigung» der weltpolitischen Gegensätze zwischen den USA und der Sowjetunion noch nicht gekommen ist. Vor allem in Amerika wagen sich ja die Stimmen derjenigen Männer und Frauen von Rang und Einfluß, die eine Abkehr vom bisherigen «harten» Kurs anraten nur zaghaft in die Öffentlichkeit. Die Notwendigkeit einer Abkehr von der ebenso erfolglosen wie lebensgefährlichen Politik des Kalten Krieges drängt sich zwar vielen Amerikanern mit wachsender Klarheit auf. Die immer höher getriebenen militärischen Rüstungen rücken die Wahrscheinlichkeit einer Entladung der dadurch erzeugten Spannungen immer näher. Gleichzeitig zerfällt die Heilige Allianz der Westmächte mehr und mehr. Nicht nur Frankreich, sondern auch England — von kleineren Staaten zu schweigen — leisten dem Washingtoner Antikommunismus (Osthandel, Sperre gegen Kuba, Chinafrage usw.) nur noch halben Herzens, wenn überhaupt, Gefolgschaft. Die berühmte «Allianz für den Fortschritt» zwischen Nord- und Lateinamerika liegt erst recht kraftlos am Boden, während die südostasiatische Machtstellung der Vereinigten Staaten langsam, aber sicher ausgehöhlt wird. Die Organisation der Vereinten Nationen entgleitet gleichzeitig den Händen Washingtons von Monat zu Monat sichtbarer; von ihren 113 Mitgliedern sind 77 sogenannte Entwicklungsländer, die je länger, je weniger geneigt sind, sich für die Zwecke des nordamerikanischen Kapitalismus und Neukolonialismus gebrauchen zu lassen.

Aber von einer Bereitschaft, aus solchen Tatsachen die gegebenen Schlußfolgerungen zu ziehen, ist im Weißen Haus und im Staatsdepartement zu Washington nicht viel zu merken; bei all seiner fieberhaften Geschäftigkeit ist namentlich Präsident Johnson viel zu stark von der Vorbereitung der herbstlichen Neuwahlen beansprucht, so daß er in seinen programmatischen Erklärungen zur Außenpolitik (wenn er dafür überhaupt ein Programm hat) über Gemeinplätze und das Schwanken zwischen «Festigkeit» und «Biegsamkeit» gegenüber der «kommunistischen Weltgefahr» nicht hinauskommt. Kein Wun-

der darum, daß die unwandelbar starren Vorkämpfer einer gewalt-samen Niederringung des Kommunismus ihn dauernd zu einer viel tatkräftigeren «Verteidigung der nationalen Lebensinteressen» drängen.

Ein Beispiel dafür bietet die Auseinandersetzung über die Haltung, die die amerikanische Politik gegenüber *Laos* einnehmen solle. Ob der jüngste Staatsstreich einer sehr reaktionären Offiziersgruppe von amerikanischer Seite begünstigt wurde (wie früher schon eine ganze Reihe von Putschen der laotischen Rechten), ist von hier aus nicht zu entscheiden. Wenn das Staatsdepartement daran unbeteiligt war, so gewiß nicht der Geheimdienst der USA, der schon so manchen reaktionären Staatsstreich in der Welt herum angezettelt hat, zuweilen — wie beim letzten Umsturz in Südvietnam — im Gegensatz zur amtlichen Politik Washingtons. In Washington ist man durch den Versuch, die Vertreter der Linken aus der laotischen Koalitionsregierung zu verdrängen und unter dem Schein des Neutralismus eine tatsächlich wieder ganz von der Rechten beherrschte Regierung einzusetzen, jedenfalls in Verlegenheit gebracht worden, möchte man doch immer noch den Anspruch aufrechterhalten, daß man auf die frühere Politik, die aus *Laos* einen kolonialen «Schutzstaat» der USA machen wollte, endgültig verzichtet habe.

Aber bereits melden sich die «Harten» zu Wort, um die Wiederaufnahme dieser Politik zu fordern. «US News & World Report» (4. Mai) behauptet zum Beispiel, es sei nicht Amerika, sondern die Sowjetunion, die das seinerzeitige Abkommen über die Neutralisierung der indochinesischen Länder mit Füßen trete. «Chruschtschew», so erklärt die einflußreiche Zeitschrift, «hat versprochen, daß die Roten ihre Waffenhilfe an *Laos* einstellen, alle militärischen Berater zurückziehen, die Durchführung des Waffenstillstandes überwachen helfen und tatsächlich die neutralisierte Regierung unterstützen . . . Die jetzt zwei Jahre alten Versprechungen Chruschtschews erweisen sich aber als Lippendienst. Mindestens tausend rote Militärberater bleiben in *Laos*. Die Kommunisten haben alle Nachprüfung von Verletzungen des Waffenstillstands verhindert und dringen tiefer in *Laos* ein . . . Das einzige, was die Kommunisten abhalten kann, ganz *Laos* an sich zu reißen, ist offensichtlich die Furcht, Washington könne scharf vorgehen und amerikanische Truppen nach *Laos* werfen.»

Bisher hieß es immer, es seien Nordvietnam und China, die *Laos* mit Gewalt kommunistisch machen wollten; jetzt soll es ausgerechnet die Sowjetunion sein, die doch ängstlich alles vermeidet, was irgendwo und nicht zuletzt in Südostasien die Vereinigten Staaten herausfordern könnte. Fest steht jedenfalls, daß die unausweichliche Folge jedes Versuches, die kommunistenfreundliche Pathet Lao mit Gewalt und gar noch mit Hilfe amerikanischer Streitkräfte auszuschalten, die Wiederaufnahme des Bürgerkriegs sein müßte, und daß dann sowohl Nordvietnam als auch China und die Sowjetunion auf den Plan träten,

um das zu verhindern. Aber anscheinend genügt es den amerikanischen Scharfmachern noch nicht, daß die Drohung einer Ausdehnung des «schmutzigen Krieges» in Südvietnam auf Nordvietnam über Ostasien hängt; jetzt wollen sie auch noch die laotische Frage auf die gleiche Art «lösen». der Mahnung U Thants, des Generalsekretärs der UNO, zum Trotz, daß es sich hier um eine ausgesprochen politische Frage handle, die mit militärischen Mitteln nicht zu entscheiden sei.

«Der Feind in deiner Mitte» In bezug auf *Brasilien* sind die Vereinigten Staaten in einer ähnlichen Lage wie in Laos. Auch hier kann man nicht beweisen, daß bei dem letzten Staatsstreich die USA ihre Hand im Spiel hatten, um so klarer ist, daß in Washington die neue gegenrevolutionäre Regierung mit großer Genugtuung begrüßt und darum auch sofort in aller Form anerkannt wurde — weil sie eben den geschäftlichen und politischen Interessen der herrschenden Klasse in den Vereinigten Staaten aufs beste dient. Man kann in der amerikanischen Presse Wunderdinge über den brasilianischen Militärdiktator, General Branco, lesen, über die stramme, straffe Art, wie er — gleich als stünde er auf seinem Kommandoposten in der Armee — auftrete und regiere, wie er Mißbräuche abstelle, die Spekulanten zur Ordnung rufe, aber freilich auch «den Massen klarmache, daß sie harte Arbeit und Opfer vor sich hätten». Das alles täuscht aber nicht über den wahren Charakter des Regiments Branco hinweg. An anderer Stelle dieses Heftes ist wiedergegeben, was I. F. Stone, einer der redlichsten und tapfersten Journalisten, über die (Gott sei Dank!) Amerika doch noch verfügt, über die schamlose Unterstützung der brasilianischen Militärdiktatur durch die im Dienst der «Freiheit» stehenden Vereinigten Staaten sagt. Aber auch sonst in der Welt herum erweckt der Umschwung in Brasilien vielfach schwere Bedenken. In Lateinamerika, so stellt etwa der Londoner «New Statesman» (1. Mai) fest, habe sich «eine beklagenswerte Rückkehr zu einem der übelsten Züge der Vor-Kennedy-Zeit vollzogen». Die lateinamerikanischen Demokraten könnten nicht mehr darauf zählen, daß sie «verlässliche Freunde in Washington» hätten (als ob sie unter Kennedy mit seiner famosen «Allianz für den Fortschritt» wirklich solche gehabt hätten!); die Diktatoren trügen überall neues Selbstvertrauen zur Schau. Und die Regierung der Vereinigten Staaten trage ihr volles Maß an Verantwortung für diese verhängnisvolle Entwicklung.

Daß sie auch gegenüber *Kuba* unverantwortlich handelt (um das Wenigste zu sagen), braucht hier nicht mehr ausführlich begründet zu werden, besonders da sie sich nicht scheut, entgegen allem Völkerrecht andauernd Luftspionage über Kuba zu betreiben. So etwas sollte sich einmal eine *kommunistische* Regierung gegenüber einem Staat erlauben, von dem sie sich bedroht fühlt! Dabei ist es ja offensichtliche Hysterie (oder schlechtes Gewissen), wenn man in Nordamerika das

Regime Castro als lebensgefährliche Bedrohung für Freiheit und Frieden auf der westlichen Erdhälfte erklärt. Wiederum hat I. F. Stone recht, wenn er darauf hinweist, daß Holland in Indonesien, Belgien im Kongo und Frankreich in Algerien unvergleichlich viel mehr verloren hätten als die Vereinigten Staaten in Kuba und dennoch mit diesen «Feindstaaten» wieder friedliche Beziehungen, sogar verbunden mit wirtschaftlicher Hilfe, pflegten. «Hätte de Gaulle Ben Bella behandelt, wie wir Castro behandeln, hätte er alle Hilfe (an Algerien) eingestellt und die NATO zur Beteiligung an einer Handelssperre aufgerufen, so hätte er längst Ben Bella ins Sowjetlager gedrängt... De Gaulle hätte seine Beziehungen mit Afrika und der übrigen arabischen Welt vergiftet, wenn er gegen den arabischen Nationalismus einen Kampf weitergeführt hätte, den er — wie er klugerweise gesehen hat — ja doch nicht hätte gewinnen können.»

Aber was will man — die Angst vor dem Kommunismus raubt den meisten Amerikanern, bis zu den Spitzen der militärischen und politischen Führerschaft hinauf, jede Vernunft. David Lawrence, der Chefredakteur von «US News & World Report» (4. Mai), warnt neuerdings auch vor der «kommunistischen Einsickerung» in die nordamerikanische Negerbewegung — statt einzusehen, daß das unmenschliche Schicksal, das der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten «seinen» Negern bereitet hat, der mächtigste Bundesgenosse der Bewegung ist, die auf eine gewalttätige Befreiung der Schwarzen von der herrschenden Unrechtsordnung hindrängt. «Der Feind», so schreibt er, «hat seinen Krieg gegen unsere freie Regierung (!) weitergeführt. Die Sowjets haben außerdem nicht nur einen militärischen Stützpunkt in Kuba errichtet, sondern auch die Macht in diesem Land mit der gleichen Einsickerungs- und Unterwühlungstaktik an sich gerissen, die sie in Venezuela, Brasilien, Argentinien und anderen lateinamerikanischen Ländern anwenden... Der bereits angerichtete Schaden ist umfangreich und wird noch zunehmen, wenn die Bundesversammlung nicht wirksame Schritte unternimmt, um den Feind in unserer Mitte zu bekämpfen.»

Bilanz von Bonn Daß sich die Träger der amerikanischen Innen- und Außenpolitik vor ihrer antikommunistischen Zielrichtung grundsätzlich mit den *westdeutschen* Staatsführern nicht schlecht verstehen, ist nur zu begreiflich. *Grundsätzlich!* Denn in der *Anwendung* der gemeinsamen Grundsätze auf die Erfordernisse der praktischen Alltagspolitik gehen die Ansichten in Bonn und Washington oft stark auseinander. Die Zeiten sind vorbei, da sich die maßgebend von den Vereinigten Staaten mitbegründete westdeutsche Republik einfach als Werkzeug der amerikanischen Osteuropapolitik gebrauchen ließ, weil sie damals für die Erreichung ihres Ziels, die Folgen der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg nach Möglichkeit auszutilgen und die Macht- und Grenzverhältnisse

in Mittel- und Osteuropa ganz gründlich zu korrigieren, die gewaltige Wirtschafts- und Militärmacht Amerikas dringend brauchte. Inzwischen ist eine doppelte Wandlung dieser Sachlage eingetreten. Auf der einen Seite trat in Washington an die Stelle des frisch-fröhlichen sowjetfeindlichen Draufgängertums mehr und mehr ein wenn auch sehr vorsichtiges Streben nach Vermeidung einer Machtprobe mit dem Ostblock, besonders seit die Sowjetunion selber in den Besitz von allzerstörenden Kernwaffen gekommen war. Anderseits aber wuchs Westdeutschland nach den ersten schwierigen Nachkriegsjahren erstaunlich rasch — und gerade auch dank massiver amerikanischer Hilfe — zu einer Leibesgröße empor, die es wieder zur stärksten Militär- und Wirtschaftsmacht Westeuropas erhob. Man mußte also in den USA bei der Annäherung an eine amerikanisch-russische «Koexistenz» recht behutsam vorgehen, um die Westdeutschen, die man immerhin noch nötig hatte, nicht allzusehr vor den Kopf zu stoßen. Daß man in der Bundesrepublik trotzdem äußerst gereizt zurückslug, so oft man glaubte, Anlaß zu der Besorgnis zu haben, daß sich die Vereinigten Staaten über Westdeutschland hinweg mit der Sowjetunion verständigen könnten, ist allbekannt und wiederholt sich sozusagen mindestens alle vier Wochen einmal. Washington suchte dann immer wieder die Bonner Unruhe zu beschwichtigen, aber ganz eingeschlafen ist das westdeutsche Mißtrauen gegen die amerikanischen «Verratsneigungen» niemals, und gerade jetzt zeichnet sich in der Bundesrepublik eine Bewegung ab, die ein für allemal die Westmächte und vorab die Vereinigten Staaten auf bedingungslose Härte gegenüber allen Versuchungen, mit dem Osten zu paktieren, festlegen will.

Unverkennbar neigt auch Bundeskanzler Erhard mindestens in seinen öffentlichen Äußerungen sehr stark den «Harten» um Strauß, Trettner und Genossen zu; seine aufstachelnde Rede vor dem Kongreß der ostdeutschen Landsmannschaften, mit ihrer Absage an irgendwelchen Verzicht auf die «angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern», ist nur ein Anzeichen des hochgespannten Nationalismus, den auch Adenauers Nachfolger vertritt — gerade er, der sich von dem früher gegen ihn erhobenen Vorwurf freimachen will, er sei viel zu weich für einen rechten deutschen Staatsmann. Und seit die Partei Erhards, die Christlich-Demokratische Union, bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg einen so überraschend großen Erfolg errungen hat — sie ist ja bis dicht an die Mehrheit der Abgeordneten herangekommen —, ist das Selbstbewußtsein und die Forschheit des neuen Kanzlers womöglich noch mehr gewachsen.

Sehr enttäuscht von diesem Wahlausgang sind — neben den «Freien Demokraten», dieser Karikatur der ehemaligen schwäbisch-badischen Demokraten — natürlich besonders die *Sozialdemokraten*. Aber sie sind an ihrem Mißerfolg, der ihnen für die Bundestagswahlen von 1965 keine guten Aussichten eröffnet, größtenteils selber schuld.

Welch glänzende Gelegenheit zur Opposition gegen den von Erhard fortgeführten Adenauerkurs hätte sich ihnen schon längst geboten, wenn sie einigermaßen Charakter und Gesinnung hätten! Aber diese Eigenschaften sind ihnen im Streben nach Beteiligung an der Regierungsmacht eben völlig verloren gegangen. Kein Wunder, daß sich etwa unsicher gewordene Wähler und Wählerinnen keineswegs zu ihnen hingezogen fühlen und lieber die Reihen der CDU verstärken, die — ist es gleich Wahnsinn — immerhin ihre Linie und Methode folgerichtig eingehalten haben. Und doch müßte, wie man meinen sollte, die innere Unwahrhaftigkeit und der äußere Mißerfolg der westdeutschen Politik allmählich auch dem begriffsstutzigsten Bundesrepublikaner aufgedämmert sein. Die Bilanz dieser Staatskunst, wie sie Wolf Schenke, der Herausgeber der westdeutschen Wochenschrift «Neue Politik» (11. April) auf Grund des Standes vom Frühjahr 1964 zieht, ist jedenfalls verheerend. Sie sieht, wenn man auch nur die Hauptposten aufzählt, so aus:

«Es gibt — außer einigen weltpolitisch unbedeutenden Entwicklungsländern, die für bundesrepublikanische Steuergelder empfänglich sind — keinen einzigen Staat in der Welt, der den Anspruch Bonns ernst nimmt, für ganz Deutschland zu sprechen, insbesondere keine einzige Großmacht unter Gegnern wie Freunden der Bundesrepublik.

Es gibt keinen Staat in der Welt, der bereit ist, sich im Sinne deutscher Ansprüche für eine Änderung der Oder-Neiße-Linie einzusetzen.

Niemand in der Welt unterstützt das Programm einer Wiedervereinigung auch nur von BRD und DDR durch «freie Wahlen» als erstem Schritt, wie es Bonn forderte und fordert.

Die Beziehungen zu derjenigen der Hauptweltmächte, von deren Zustimmung die Wiederherstellung der deutschen Einheit in erster Linie abhängt und ohne deren Zustimmung sie nicht möglich ist, der Sowjetunion, haben ihren bisherigen Tiefstand erreicht.

Das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihrem Hauptverbündeten, den USA, ist seit Jahren gestört und entbehrt heute auf beiden Seiten einer echten Vertrauensbasis, wenn diese überhaupt jemals bestanden hat.

Zu Frankreich wurde ein dem Buchstaben nach enges Verhältnis geschaffen, das aber in Wirklichkeit ohne Vertrauen ist und in entscheidenden Dingen nicht funktioniert.

Großbritannien bringt der Bundesrepublik unverhohlenes Misstrauen entgegen, das sich nach einem wahrscheinlichen Sieg der Labour Party noch verstärken wird.

Die Politik einer ‚politischen Vereinigung Europas‘ ist selbst in dem versuchten kleineren Rahmen über die Wirtschaft durch Montanunion, Euratom und EWG gescheitert. Alte, zu überwindende Gegensätze sind erneut verstärkt ausgebrochen.

Mit der neuen Weltmacht des Fernen Ostens, China, bestehen so gut wie gar keine Beziehungen.

Mit unsagbaren Kosten für den bundesrepublikanischen Steuerzahler wurde eine Bundeswehr aufgebaut, deren strategische Konzeption von vornherein falsch war, inzwischen auch durch Umdenken in der NATO-Strategie überholt ist und die deshalb für die einzige denkbare, ihr vielleicht einmal zufallende Aufgabe vollkommen ungeeignet ist.

Alle inneren Aufgaben, wie vor allem Erziehung, Wissenschaft und Forschung und Gesundheitspflege, sind so miserabel zu kurz gekommen, daß nicht nur wertvolle Kräfte abwandern, sondern auch neue in ganz unzureichendem Maße ausgebildet wurden, so daß heute die sich eines «Wirtschaftswunders» rühmende Bundesrepublik unter den modernen Staatswesen, einschließlich der Sowjetunion, ein unterentwickeltes Land ist.

Es ist nicht gelungen, den Gedanken einer freiheitlichen Ordnung in die Herzen des Volkes zu pflanzen, im Gegenteil: er wurde und wird täglich durch das Verhalten derer, die den Staat seit 1949 als Regierung, gewählte Volksvertreter oder Bürokratie okkupierten, und nicht zuletzt gerade dadurch, weil sie von morgens bis abends Lippenbekenntnisse zur Demokratie ablegen, entwertet, entwürdigt und unglaublich gemacht.

Und nun das Verhängnisvollste: Die trügerische Erweckung einer Scheinblüte, die angeblich immer weiter und weiter geht, hat die Menschen auf das Widerwärtigste korrumptiert, alle Grenzen der natürlichen Selbstsucht niedergelegt, jeden Gedanken an andere und jede Verantwortung bei der großen Mehrheit ausgelöscht, alles Maß gesprengt, eine Entwicklung, die am allerwenigsten von jenen Zauberlehrlingen zu bändigen ist, die jetzt Maßhalten predigen, während sie selbst der Maßlosigkeit bewußt Tür und Tor geöffnet haben, so daß die Stunde der Wahrheit, wenn sie für die Verführten einmal schlägt, wie sie schlagen muß, furchtbar sein wird.»

«Das ist», so stellt Schenke fest, «die Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland ... Noch sehen vielleicht 90 Prozent der Bundesbürger es anders, geblendet vom Schein (sagen wir es deutlicher: vom ‚Wirtschaftswunder‘, H. K.). Doch was will das für den tatsächlichen Zustand besagen?»

Russen und Chinesen Soviel über die Vorgänge im westmächtlichen Lager. Im Ostlager steht gegenwärtig aufs neue die große Auseinandersetzung zwischen den *sowjetischen* und den *chinesischen Kommunisten* (samt ihren Anhängern auf beiden Seiten) im Vordergrund, obwohl wahrlich beide Teile andere, größere Sorgen haben sollten. Die Gegensätze haben sich in den letzten Wochen derart verschärft und vergiftet, daß es auch für den Nichtkommunisten allmählich unerträglich wird, diesem Streit zu folgen. «Angefangen» haben wieder die Chinesen mit neuen, heftigsten Anklagen, aber die Russen sind ihnen im Gegenschlag nichts schuldig geblieben. Erklären die Chinesen Chruschtschew als einen «psalmen-

„singenden Possenreißer“, so antworten die Russen, Mao sei zum «lebenden Buddha-Götzen» geworden. Beschuldigen die Chinesen die Sowjetpolitik der verräterischen Zusammenarbeit mit Amerika zum Nachteil des Kampfes für die Befreiung der unterentwickelten Völker, so bezichtigen die Russen die chinesischen Führer des wohlgefälligen Spielens mit dem Atomkrieg (für den ihnen alle Mittel fehlen!) und der Pflege von Rassenlehren, die an Hitler erinnerten. Chruschtschew hat kürzlich auch die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften des neuen China heruntergemacht, ohne zu bedenken, durch welche Schwierigkeiten und Rückschläge auch die Sowjetunion in ihren ersten Lebensjahrzehnten hindurchgehen mußte.

Es ist selbstverständlich, daß die Auseinandersetzung innerhalb des Weltkommunismus auf diesem Weg zu keinem guten Ziel führen kann. Mit gegenseitigen Beschimpfungen, Vergröberungen und Entstellungen der Beweggründe des Anderen überzeugt man ihn niemals von seinem Irrtum; man kommt an die tieferen Schichten seines Denkens und Wollens überhaupt nicht heran und verbittert ihn nur immer noch mehr. Es gilt also zum Kern des Gegensatzes vorzustoßen und dann zu schauen, ob die beidseitigen Auffassungen nicht doch nebeneinander bestehen können, ohne daß ihre Vertreter sich gegenseitig im Kalten Krieg zerfleischen. Und das scheint mir nun — wie ich schon früher an dieser Stelle darzulegen versucht habe — durchaus möglich zu sein. Denn sowohl die chinesische als die sowjetische Betrachtungs- und Verhaltensweise ist wesentlich durch die besondere Lage bestimmt, in der sich China auf der einen und die Sowjetunion auf der anderen Seite befindet.

Die Sowjetunion glaubt mit ihrer Revolution über dem Berg zu sein. Der Sieg des Sozialismus scheint ihr auf dem eigenen Boden gesichert. Jetzt, so heißt es, müssen alle Kräfte auf den *Ausbau* der sozialistischen Ordnung gesammelt und gleichzeitig der Übergang zu der höheren Gesellschaftsform des Kommunismus vorbereitet werden. Kriegerische Störungen von außen her ebenso wie schon jetzt die gewaltige Belastung der sowjetischen Wirtschaft durch die Rüstungen müssen um jeden Preis ausgeschaltet werden, um so mehr als ein neuer Krieg die atomare Vernichtung nicht nur der kapitalistischen, sondern auch der sozialistischen Welt bedeuten würde. *Friedliche Koexistenz* mit den kapitalistischen Ländern und Abrüstung ist somit erste Lebensnotwendigkeit für die Sowjetunion.

Ironischerweise wandelt hier Chruschtschew, der große Stalin-töter, selbst auf den Spuren seines ehemaligen Meisters, der die Politik des «Sozialismus in *einem* Land» gegen die weltrevolutionären Bestrebungen Trotzkis rücksichtslos-grausam durchsetzte. Zur rechten Zeit erinnert Isaak Deutscher, Stalins verdienstvoller Biograph, in der Wiener Monatsschrift «Arbeit und Wirtschaft» (Februar 1964) daran, daß schon Stalin die Interessen des internationalen Kommunismus der sowjetischen Staatsraison unterordnete. «Stalins „Freundschaft“ mit

Tschiang Kai-schek, sein Bündnis mit Frankreich unter Laval (1935) und die Politik der Volksfront, seine Bemühungen, die spanische Revolution mit Hilfe der spanischen KP und der GPU (der russischen Staatspolizei, H. K.) in den Schranken einer ‚bürgerlich-demokratischen‘ Bewegung zu halten, sein Pakt mit Hitler (1939), die Verträge von Teheran und Jalta mit Churchill und Roosevelt, die sehr gemäßigte Politik der französischen und italienischen Kommunisten, die de Gaulle beziehungsweise Badoglio unterstützten — das sind die wichtigsten praktischen Demonstrationen der friedlichen Koexistenz unter Stalin. Trotz aller Wandlungen der Umstände sind Chruschtschews Variationen dieses Themas nicht wesentlich anderer Art.»

Chruschtschews Annäherung an den Westen im Zeichen des friedlichen Nebeneinanders der sozialistischen und der kapitalistischen Welt ist grundsätzlich vollauf gerechtfertigt. Was sie aber bedenklich und anfechtbar macht, das ist der Umstand, daß sie zusammenfällt mit einer offenkundigen Abschwächung des sozialistisch-revolutionären Willens in der Sowjetunion, mit der Hemmung, ja zum Teil Lähmung der schöpferischen Kräfte im Sozialismus durch bürokratische Fesseln und mit der Überbetonung des Strebens, in der Erzeugung von Wohlstand und Güterfülle in der Sowjetunion die kapitalistischen Länder einzuholen, eines Strebens, das mit einer gewissen Vernachlässigung des Kampfes der kolonialen und halbkolonialen Völker Hand in Hand geht. Und gerade an diesem Punkt setzt die chinesische Kritik mit voller Heftigkeit ein. Die Politik der Sowjetunion, so sagen die Chinesen, hat eine *innere Verderbnis der kommunistischen Bewegung* bewirkt. Sie opfert der Verständigung mit den Vereinigten Staaten die Lebensnotwendigkeiten der sozial- und nationalrevolutionären Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Sie gibt sich dem Wahn hin, die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der unterentwickelten Länder sei ohne Gewaltanwendung und unter Führung einer fortschrittlichen, aber bürgerlichen Linken zu erreichen — trotz allen Beweisen des Gegenteils, wie sie neuestens beispielsweise Brasilien geliefert hat. Die kommunistischen Parteien des Westens — vorab diejenigen Frankreichs und Italiens — treiben unter dem Schlagwort, daß jedes Land seinen eigenen Weg zum Sozialismus suchen müsse, tatsächlich eine reformistische Kompromißpolitik, die vom Sozialismus wegführt.

Wohl mit Recht glaubt Deutscher, daß Chruschtschew selber einem Reformismus dieser Art nur mit halbem Herzen huldigt. Hingegen vertrüten die Anhänger der Rechten innerhalb der KP der Sowjetunion und des Ostblocks wie auch Westeuropas die Notwendigkeit einer ungehinderten und folgerichtigen Durchführung echt revisionistischer Auffassungen. «Sie wollen den Kurs der ‚friedlichen Koexistenz‘ gradliniger verfolgen, als Chruschtschew es mit seinen diplomatischen Zickzacks tut. Sie befürworten eine entschiedenere Lösung des Sowjetblocks von den revolutionären Bewegungen der

übrigen Welt und eine klare Absage an Lenins Imperialismustheorie sowie an andere ‚veraltete‘ Konzeptionen Lenins, ein offenes Einbekenntnis der ‚Stabilisierung‘ des westlichen Kapitalismus in der Nachkriegszeit und daher der Notwendigkeit, die kommunistischen Parteien des Westens in eine Art linksreformistischer Parteien umzuwandeln.»

Frieden und Sozialismus ohne Dogma

Es ist keine Frage, daß die Chinesen mit ihren Anklagen gegen die Sowjetpolitik und ihre westlichen Anhänger

weithin recht haben. In ihrem Kampf auf Leben und Tod, aufs schwerste angefeindet von den meisten Ländern der kapitalistischen Welt, werden sie geradezu mit Gewalt auf die Bahn des revolutionären Sturzes von Kapitalismus, Imperialismus und Kolonialismus gedrängt; ihre Belange und Notwendigkeiten fallen, wie sie überzeugt sind, mit denjenigen aller unterentwickelten Länder zusammen, deren Führung im Wettbewerb mit der Sowjetunion sie leidenschaftlich erstreben. Und die Russen können ihnen all das im Grund auch gar nicht übelnehmen, wenn sie nicht ihre marxistisch-leninistische Grundanschauungen überhaupt verleugnen wollen.

Was man hingegen den Chinesen gerade auch von außerhalb des Kommunismus her nach meiner Meinung mit Recht vorwerfen kann, ist zweierlei. Einmal daß sie in ihrem Kampf gegen einen verbürglichten Reformismus wieder *Stalin* auf den Thron erheben und seine Schreckensherrschaft beschönigen. Hier hat Chruschtschew nicht nur sozusagen das ganze Sowjetvolk auf seiner Seite, sondern auch das übrige Europa. Die Chinesen scheinen für diese Sachlage einfach kein Verständnis zu haben. Zum andern klammern sie sich dogmatisch an die Vorstellung, daß ohne vorherigen gewaltsamen Sturz der kapitalistischen Klassen *kein Frieden* zwischen den Völkern möglich sei. Das heißt nicht, daß sie nun den Atomkrieg für unausweichlich hielten und aus diesem Grunde das Moskauer Abkommen über die Einstellung der meisten Kernwaffenversuche nicht unterschrieben hätten. Sie verlangen vielmehr selber nicht nur den Verzicht auf alle solchen Versuche, sondern die Vernichtung der Atomwaffen überhaupt. (Ob das genügen würde, um den Krieg aus der Welt zu schaffen, fragen sie sich anscheinend nicht.) Aber sie argwöhnen nicht ohne Grund, Amerika und die Sowjetunion hätten sich *deshalb* über einen Verzicht auf Kernwaffenversuche geeinigt, weil sie selbst bereits im Besitz von Kernwaffen seien und mit einem Verbot der Entwicklung weiterer atomarer Waffen neben Frankreich besonders China hätten treffen und ihm den «Aufstieg» zum Rang einer unabhängigen Atommacht hätten verwehren wollen.

Unzutreffend ist wahrscheinlich auch der den Chinesen gemachte Vorwurf, ein tatkräftiger Kampf gegen den westlichen Imperialismus in Asien, Afrika und Lateinamerika verschärfe gefährlich die internationalen Spannungen und drohe an irgendeiner Ecke der Erde einen

neuen Weltbrand zu entzünden. Darauf antworten die Chinesen, gerade der entschlossene Kampf gegen koloniale Ausbeutung und imperialistische Unterdrückung werde die Westmächte derart schwächen, daß sie immer weniger imstand sein würden, einen Weltkrieg zu entfesseln. Die Regierung der Chinesischen Volksrepublik selbst ist jedenfalls überaus vorsichtig in der Herausforderung imperialistischer, vor allem amerikanischer Gewaltschläge, was man von der Sowjetunion nicht immer sagen konnte; siehe Kuba.

Wirklichkeitsfremd und dogmatisch befangen sind hingegen die Chinesen darin, daß sie die Möglichkeit erkennen, unabhängig von weiteren, entscheidenden Siegen der sozialistischen Bewegung den Westen zu einer Politik des friedlichen Zusammenlebens von Völkern mit verschiedenenartigen Wirtschaftssystemen und der radikalen Abrüstung zu zwingen. Auch hier ist China unseren Verhältnissen offenbar zu fern und unterschätzt sehr stark die Kraft des Friedens- und Abrüstungswillens auch in den nichtsozialistischen Bevölkerungsschichten. So richtig es ist, daß aus dem Sozialismus heraus stärkste Friedenskräfte kommen, so richtig ist es auch, daß in dem Maß, da in den Völkern der Wille zu Frieden und Abrüstung durchbricht, auch der Bestand des Kapitalismus und Imperialismus erschüttert und zerstört wird.

Wenn diese ganze Schau der Dinge, wie wir sie hier in aller Knappheit darbieten, im Wesentlichen richtig ist, dann ist es sachlich auch nicht unmöglich, den russisch-chinesischen Gegensatz zu entgiften und eine endgültige Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zu verhindern — eine Spaltung, die die Sache des Friedens und des Sozialismus aufs schwerste schädigen müßte. Bestrebungen in dieser Richtung sind denn auch aus den kommunistischen Landesparteien heraus im Gang; die Rumänen, die Polen und die Italiener sind hier vor allem tätig. Dies nicht etwa weil sie einen besonders radikalen Sozialismus vertrüten und darum zu den Chinesen hinneigten, sondern weil ihnen ein Bannstrahl der Kirche Moskaus gegen Ketzer irgendwelcher Art zuwider ist und Gefahren für sie selber in sich birgt.

Damit sich aber die Bewegung, die eine Ausstoßung der Chinesen aus der wenn auch noch so lockeren kommunistischen Internationale sowjetischer Prägung erstrebt, wirklich durchsetze, ist eben doch eine klare Wendung zu einem radikalen, wenn auch weitherzigen und nicht auf Gewaltrevolution eingeschworenen Sozialismus in den einzelnen kommunistischen Parteien, besonders der sowjetischen, notwendig. Und dazu muß namentlich eine viel größere Freiheit der öffentlichen Aussprache und Kritik in den kommunistischen Parteien kommen, als sie bisher, trotz allen Fortschritten in dieser Richtung, tatsächlich besteht. Bringen die Kommunisten die Kraft zu solch einer inneren Erneuerung ihrer Bewegung nicht auf, dann steht es nicht gut um ihre Zukunft. Um so größer die Verantwortung, die in diesem entscheidungsvollen Augenblick ihrer Geschichte auf ihnen liegt, und um so schwerer der Rückschlag, der sie selber — und die sozialistische Gesamtbewegung — treffen müßte, wenn sie ihre Stunde verpassen.

7. Mai.

Hugo Kramer